

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neue Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Anzeigen
haben die einseitige Kolonellzeile
oder deren Raum 45 Bsp.
Reklamen 100 Bsp.

Bezugspreis
monatlich 130 Bsp., mit Bringer-
lohn 150 Bsp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 4.50 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 584

Nr. 29.

Dienstag, den 9. März 1920.

28. Jahrgang

Das Beamtenbesoldungsgesetz.

Von parlamentarischer Seite wird über das Grundzüge des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes folgendes mitgeteilt:

Das Grundgehalt des Beamten wird gewährt nach Maßgabe einer Besoldungsordnung, die im Reich 12, in Preußen 13 Gruppen vorsieht. Daneben gibt es nach 5 Gruppen Einzelgehälter. Die Diätäre erhalten eine Grundvergütung nach Maßgabe einer besonderen Diätenordnung. Das Grundgehalt steigt nach Dienstjahrsstufen mit zweijähriger Aufstufungsfrist bis zur Erreichung des Höchstgehaltes. Zum Grundgehalt tritt als weiterer Bestandteil des Dienstverdienstes ein Ortszuschlag. Der Ortszuschlag wird für 5 verschiedene Ortsklassen gewährt (A bis E) und beträgt bei einem Grundgehalt bis 4500 Mark in Ortsklasse A 2000 Mk., B 1600 Mark, C 1400, D 1200, E 1000 Mark, über 4500 bis 7000 Mark in A 3000, in B 2400, in C 2000, in D 1700, in E 1400 Mark, über 7000 bis 11 000 Mark in A 5000 Mark, in B 4000, in C 3200, in D 2700, in E 2200 Mark. Diese Sätze gelten für verheiratete Beamte, unverheiratete erhalten nur 80 Prozent dieser Sätze. Diätäre erhalten 80 Prozent des Ortszuschlags der Besoldungsgruppe, in der sie später eingestellt werden, wenn sie planmäßig angestellt sind. Die Stellung der Orte in den verschiedenen Klassen bestimmt ein besonderes Ortsklassenverzeichnis.

Inhabern von Dienstwohnungen ist vom Ortszuschlag ein Betrag von 30 Prozent (bis 7000 Mark Anfangsgrundgehalt), anderenfalls 40 Prozent für die Dienstwohnung abzurechnen.

Die Bestimmungen über das Besoldungsdiätenkriter sind gegen früher erweitert, so wird Diätäre die Zeit über fünf Jahre angerechnet, wenn ihre Anstellung durch den Mangel an offenen Stellen verzögert ist. Für ehemalige Militärpersonen wird bestimmt, daß die neunjährige Militärdienstzeit mit einem Jahre, die längere Dienstzeit über 12 Jahre bis zu vier Jahren angerechnet wird. Den ehemaligen aktiven Offizieren mit fünf bis neun Jahren Dienstzeit und allen ehemaligen aktiven Offizieren mit einer Beschränkung von 30 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit, infolge Dienstbeschädigung wird ein Jahr auf das Besoldungsdienstalter angerechnet. Das Ansehen im Grundgehalt kann Beamten versagt werden, gegen die dienstliche Aufforderungen vorliegen.

Bezugs der Kinderbeihilfen wird bestimmt: Für jedes eheliche, adoptierte, anerkannte uneheliche Kind bis zum 14. Lebensjahre werden Kinderbeihilfen gewährt die bei allen Beamten jährlich 10 v. H. des ungekürzten Ortszuschlags, mindestens jedoch 20 Mark, monatlich, für jedes Kind betragen. Die Beihilfe kann auf Antrag bis zum 18. Lebensjahre gewährt werden. Weibliche verheiratete Beamten die Kinder allein nicht unterhalten kann.

Das Parteigeld der Beamten beträgt 1/2 des Ruhegehaltsfähigen Dienstverdienstes, höchstens 18 000 Mark.

Die Berechnung des Ruhegehalts nach dem 1. April 1920 erfolgt nach dem nach dem 1. April bezogenen Dienstverdienst. Der Ortszuschlag wird nach einem Durchschnittssatz hierfür angerechnet, Dienstaufwandsentschädigung, Teuerungszulagen und Kinderbeihilfen sind nicht Ruhegehaltsfähig.

Ueber die Besoldungsordnung s. das folgende Gesetz: Die Gruppe 1 bis 3 beziehen sich auf Untere, die 3200 bis 4800 Mark Grundgehalt, 2500 bis 3200 und 3800 bis 5700 Mark beziehen. Gruppe 1 sind Beamte mit mechanischen Verrichtungen (Wächter), Gruppe 2 Beamte mit gewisser mechanischer Vorbildung (Portier, Bahnhofsbeamter, Aufseher), Gruppe 3 Beamte mit besonderer Ausbildung (Notenmeister, Unterförster, Polizeimeister), Gruppe 4 bis 10 sind für mittlere Beamte bestimmt, hier wird noch manche Abänderung notwendig werden. So erhalten Gruppe 4 (Kanzlisten, Gehilfen, Kassenscheine, Unterassistenten) 4800 bis 6300 Mark, Gruppe 5 (Assistenten) 4800 bis 7200 Mark, Gruppe 6 (Sekretäre) 5400 bis 8100 Mark, Gruppe 7 (Obersekretäre) 6000 bis 9000 Mark, Gruppe 8 (Landmesser, Bürovorsteher, Rentanten, Ingenieure, Oberbahnmeister, Eisenbahninspektoren, Lehrer) 6600 bis 9900 Mark, Gruppe 9 (mittlere Beamte in leitenden verantwortlichen Stellen, Präsidialsekretäre) 7400 bis 11 000 Mark. In Gruppe 10 mischen sich bereits mittlere und höhere Beamte, die Gruppe erhält 8200 bis 12 300 Mark und enthält die bisherigen Geheimen expedierenden Sekretäre bei den Zentralbehörden, Regierungsräte, Landräte, Vertriebsinspektoren, Polizeiräte, Oberlehrer, Gerichtsassistenten (Stellen). Die übrigen Gruppen (9500 bis 14 200 Mark, 11 000 bis 16 500 Mark, 13 000 bis 20 000 Mark) enthalten die Stellen für die höheren Beamten.

Daneben sind noch Einzelgehälter vorgesehen für Vorstehende der Bergwerksdirektionen, Senatspräsidenten, Oberstaatsanwälte, Präsidenten großer Landgerichte (20 000 Mark), Dirigenten bei den Ministerien, Präsidenten des Zentral-Eisenbahnamts, Polizeipräsident von Berlin, Generaldirektor der Posten (22 000 Mark), Ministerialdirektoren, Präsident der Oberrechnungskammer und Staatsbank (25 000 Mark), Unterstaatssekretäre, Kammergerichtspräsident, Oberpräsidenten (30 000 Mk.), Minister (50 000 Mark).

Zur Tagesgeschichte.

Der Entwurf des Wahlgesetzes.

Der von der Deutschen Allg. Ztg. veröffentlichte Entwurf des Wahlgesetzes bestimmt in Abschnitt 1 (Wahlrecht und Wahlbarkeit) u. a. folgendes:

Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist. Wählen kann nur, wer in die Wahlliste eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wahlbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist. Aus Abschnitt 2 (Wahlvorbereitung) sei über die Wahlkreiseinteilung und Zusammenfassung zu Wahlkreisen hervorgehoben: Die Wahlkreise sind so bemessen, daß auf ihre Gesamtzahl die Zahl der Abgeordneten fallen. Zur Einteilung von Wahlkreisen werden mindestens drei Wahlkreise zu einem Wahlkreis zusammengefaßt. Für die Stimmgabe wird jeder Wahlkreis in Wahlbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Für jeden Wahlbezirk wird eine Wahlkarte oder Wahlkarte angelegt und die dort wohnhaften Wähler eingetragen. Für jeden Wahlkreis werden ein Kreiswahlleiter und ein Stellvertreter, für jeden Wahlbezirk ein Kreiswahlleiter und ein Stellvertreter ernannt. In den Wahlversammlungen darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärt hat. Beim Reichswahlleiter sind spätestens am 35. Tage vor der Wahl die Wahlvorschläge einzureichen. In den Wahlversammlungen darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu erklärt hat. Zur Prüfung der Wahlvorschläge, Wahlvorschläge sowie Reichswahlvorschläge wird je ein Ausschuss gebildet. Der Ausschuss muß mindestens einen Namen eines Kreiswahlleiters oder eines Kreiswahlleiters enthalten. Die Angabe der Partei auf dem Stimmzettel wird nicht beachtet. Im Abschnitt 3 (Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses) heißt es u. a.: Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Wahlvorstand den Ausschlag. Jedem Kreiswahlvorschlag werden so viel Abgeordnete zugeordnet, daß je einer auf 300 000 für ihn abgegebenen Stimmen kommt. Abschnitt 4 handelt von der Wahl der Reichstagsmitglieder. Er besagt u. a.: Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichsangehörige, die sich im Ausland ständig aufhalten, Auslandsdeutsche sowie solche, die es vorübergehend tun und einen Wahlschein besitzen. Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis. Die Auslandsdeutschen erhalten so viel Abgeordnete, wie oft die Summe der von ihnen abgegebenen gültigen Stimmen durch 60 000 teilbar ist.

Nach Abschnitt 5 (Schlußbestimmungen) tritt das Gesetz mit dem Tage in Kraft, an dem der Reichspräsident die Wahlen zum ersten Reichstag ausschreibt.

Regierungskrise?

Zu der durch einen Teil der Presse gehenden Meldung von der Möglichkeit des Rücktritts des Reichswirtschaftsministers Schmidt und der neuerlichen Trennung dieses Ministeriums in ein Ministerium für Wirtschaft und ein zweites Ministerium für Ernährung hören wir, daß tatsächlich von verschiedenen Seiten dem Reichswirtschaftsminister Schmidt Schwierigkeiten berichtet werden. Sie gehen zum Teil von den Ländern aus, besonders scharf hat sich der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer gegen die Arbeit des Reichswirtschaftsministers Schmidt ausgesprochen. Auch scheint es, als ob der Antrag des Reichswirtschaftsministers auf Gewährung eines neuen Kreditbetrags zur Senkung der Lebensmittelpreise im Reichsfinanzministerium Gegenstand der Verhandlungen sei. Doch wird in unterrichteten Kreisen nicht mit dem Rücktritt des Ministers Schmidt gerechnet.

Wie die „Verl. Vorposten“ zuverlässig von nicht-parlamentarischer Seite erfährt, gewinnt die Kandidatur des bayerischen Finanzministers Dr. Birk auf den Posten des künftigen Reichsfinanzministers mehr und mehr an Aussicht. Es dürfte wohl auch damit zu rechnen sein, daß Dr. Birk im gegebenen Augenblick die Nachfolgerschaft Erzbergers antritt. Es bleibt dann noch die Frage der Neubildung des Reichsfinanzministeriums offen, für die eine bestimmte Persönlichkeit noch nicht gefunden ist.

Weitere Veränderungen in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts dürften dagegen nicht zu erwarten sein.

Koste über die Lage.

In einer Unterhaltung mit einem Berichterstatter des „Matin“ gab Reichswehrminister Koste einige Erklärungen ab:

Auf die Frage, welche Sicherheitsmaßnahmen die deutsche Regierung zu ergreifen beabsichtige, um Berlin und die Großstädte zu schützen, wenn das Heer erst auf 100 000 herabgesetzt sei, antwortete der Minister: Mit 100 000 Mann kann man wirklich große Sicherheitsmaßnahmen nicht zur Durchführung bringen.

Erfolgt tatsächlich in Deutschland eine monarchistische und militärische Strömung?

Selbstverständlich gibt es in Deutschland Monarchisten. Sie sind auch in Frankreich nicht ausgestorben. In Deutschland werden sie aber niemals die Republik in Gefahr bringen, wenn die siegreichen Länder nicht fortfahren, das demokratische Deutschland zu mißhandeln.

Besteht in Deutschland eine bolschewistische Gefahr und in welcher Form?

Ein neuer Ausbruch des russischen Bolschewismus ist bei uns nicht zu befürchten, wenn die Arbeiter Arbeit und nach Belieben zu essen haben. Ueber die Bedeutung der Gefahr, die Deutschland vielleicht vom bolschewistischen Ausland noch droht, läßt sich angesichts unserer militärischen Ohnmacht nur schwer etwas sagen.

Siehe neue Streiks zu befürchten?

Wenn die Valuta nicht wieder steigt, sind neue wirtschaftliche Streiks unvermeidlich. Die Reichswehr paßt sich jeden Tag mehr in allen ihren Teilen dem neuen Regime an.

Die Kaiserfrage erledigt?

„Laut „Allgemeines Handelsblatt“ bespricht „Daily Chronicle“ die Antwortnote der niederländischen Regierung auf das Ersuchen der Alliierten auf Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers. Das Blatt erhebt gegen die Ansicht der Niederlande, den Kaiser nicht nach Indien zu senden, keinen Einwand. Es schreibt jedoch, es könne nicht die Ansicht teilen, daß die Freiheitsbeschränkung des vormaligen deutschen Kaisers bisher genügend war. Die Alliierten hätten das Recht, darauf zu dringen, daß die bezüglich bestimmten Bürgschaften gegeben würden.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ spricht die Ansicht aus, daß eine Kaiserfrage infolge der Antwort der niederländischen Regierung nicht mehr bestehe. Das Blatt glaubt, daß die Alliierten nicht mehr auf diese Frage zurückkommen würden. Es folgert aus der Note, daß der ehemalige Kaiser innerhalb der Grenzen der Niederlande kein freier Mann sei, und daß die Regierung auf Grund des Ausländergesetzes bestimmen werde, auf welche Weise seine Freiheit Beschränkungen unterworfen wird. Die Regierung sehe den Kaiser auf Grund dieses Gesetzes als einen Ausländer an, der für die öffentliche Ruhe gefährlich ist und könne ihm demnach innerhalb des Königreichs einen bestimmten Platz als Verbleib anweisen. Ein diesbezüglicher Beschluß, der alle Zweifel bezüglich der Stellung des Kaisers behebe, könne demnach erwartet werden.

Kabinettskrise in Schweden.

Die schwedische Regierung hat demissioniert. Der König beauftragte den früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten der liberalen Partei Eden mit der Bildung des neuen Kabinetts. Man ist der Ansicht, daß Eden bei der Bildung eines liberalen Kabinetts große Schwierigkeiten zu überwinden habe. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß ein sozialistisches Kabinett mit Branting aus Ruder läme.

Das jetzt zurückgetretene Kabinett Eden-Branting war ein liberal-sozialistisches Koalitionsministerium (7 Liberale, 4 Sozialisten) und seit Oktober 1917 im Amt. Die Parteiverhältnisse in der schwedischen Kammer — 86 Sozialdemokraten, 70 Konservative, 62 Liberale — machen die Bildung eines reinen Parteikabinetts von vornherein zu einem wenig aussichtsreichen Beginnen. Aber auch die liberal-sozialistische Koalition hat infolge der inneren Schwäche der liberalen Partei sich als nicht haltbar erwiesen. Ein rein liberales Kabinett Eden dürfte sich jedenfalls nicht als lebensfähig erweisen. Aber auch das sozialistische Kabinett Branting-Thorsjö, das dann im Augenblick die größte Wahrscheinlichkeit hat, dürfte sich bald großen parlamentarischen Schwierigkeiten gegenübersehen, aus denen als letzter Ausweg nur die Kammerauflösung und Neuwahlen übrig bleiben könnten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 6. März.

Die Nationalversammlung erledigte bei schwacher Besetzung des Hauses die zweite Lesung des Landessteuergesetzes.

Das Gesetz wurde durchweg in der Ausschließung angenommen. Der § 6 war im Ausschuss so abgeändert worden, daß der Reichstag darüber entscheiden sollte, ob Land- oder Gemeindesteuern die Steuereinnahmen des Reiches zu schädigen geeignet sind. Nach der ursprünglichen Vorlage sollte der Reichstag die entscheidende Instanz sein. Heute wurde ein Antrag der Rechten mit den Stimmen des Zentrums angenommen, der die ursprüngliche Fassung wiederherstellt. Zwischen bayerischen Abgeordneten und dem bayerischen Regierungsvertreter kommt es zu einer Auseinandersetzung, die unter das Kapitel Föderalismus und Einheitsstaat gehört. Die einzelnen Paragraphen werden dann ziemlich rasch angenommen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Vorschlag des Präsidenten angenommen, am Montag 2.30 Uhr zu tagen und auch die Kapitalertragssteuer auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Besitzsteuervorlage.

Der Entwurf eines Besitzsteuergesetzes ist der Nationalversammlung zugegangen. Aus den Bestimmungen sind folgende wichtig: Als Kleinvermögen gilt, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, das gesamte bewegliche und unbewegliche Rohvermögen nach Abzug der Schulden. Das Rohvermögen umfaßt Grundstücke einschließlich des Zubehörs (Grundvermögen), das dem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft des Bergbaues oder eines Gewerbes dienende Vermögen (Betriebsvermögen), das gesamte sonstige Vermögen (Kapitalvermögen). Von dem Vermögen sind abzuziehen die dinglichen und persönlichen Schulden, der Wert der dem Steuerpflichtigen obliegenden oder auf einem Haus, Gut, Familien-Fideikommiß, Lehen, Stammgut oder einem sonstigen gebundenen Vermögen ruhenden Leistungen, die zur Vortreibung der laufenden Ausgaben nicht geschäftlicher oder beruflicher Art für drei Monate erforderlichen Beträge an Geld, Bank- oder sonstigen Guthaben, soweit sie den laufenden Lebensunterhalt entlasten. Nicht abzugsfähig sind: 1. Schulden, die zur Vortreibung der laufenden Haushaltungskosten eingegangen sind; 2. Schulden und Lasten, die in wirtschaftlicher Beziehung zu nicht steuerbaren Vermögenswerten stehen. Die Befreiung des Vermögenszuwuchses erfolgt erstmalig am 1. April 1923 für den in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1922 entstandenen Vermögenszuwachs, späterhin in Abständen von drei zu drei Jahren für den in den vorausgegangenen drei Kalenderjahren entstandenen Zuwachs. Nach § 20 der Steuervorlage beträgt die Besitzsteuer für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M. des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 1 vom 100, für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 M. 3 vom 100, für die nächsten angefangenen oder vollen 40 000 M. 4 vom 100, für 50 000 M. 5 vom 100, für die nächsten 50 000 M. 6 vom 100, für 100 000 M. 7 vom 100, für die nächsten 100 000 M. 8, dann 9, dann 10 vom 100, für weitere Beträge 10 Prozent.

Die Besitzsteuer ist in Teilbeträgen zu entrichten. Wer die nach den Befehlen zu entrichtende Steuer hinterzieht, wird mit einer Geldstrafe im fünf- und zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft.

Bernstorffs Memoiren.

Die „Vossische Zeitung“ beginnt mit der Veröffentlichung von Auszügen der Erinnerungen des früheren deutschen Botschafters in Washington Grafen Bernstorff. In seinen Erinnerungen bekundet sich Bernstorff zu der politischen Auffassung, die er mit dem Ausdruck „westliche Orientierung“ kennzeichnet. Als solche bezeichnet er eine Annäherung Deutschlands an Eng-

land, der der Deutschland nicht hätte davor zurückweichen dürfen, unter Umständen gemeinsam mit England einen Krieg gegen Rußland zu führen. In den einzelnen Abschnitten seines Buches äußert sich Graf Bernstorff an der Hand eines ausführlichen Altematerial, über den Verlauf des Konfliktes wegen der U-Bootstrategie. Der Verlauf der Verhandlungen in Washington über die „Lustania“, „Arabia“ und „Sussex“-Fälle wird aufgrund bisher unbekannter diplomatischer Depeschen des Botschafters an den Staatssekretär v. Jagow dargestellt. In weiteren Abschnitten werden der deutsche Wirtschaftskrieg in Amerika, die angeblichen deutschen Verschwörungen und die deutsche Propaganda des Bernburg-Büros in New York eingehend behandelt.

Wie die demokratische Parteikorrespondenz meldet, hat Graf Bernstorff die ihm vom Demokratischen Wahlkreisverband Dniebura-Kresfeld angebotene Kandidatur für die Reichstagswahlen angenommen.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laund Non-Eingänge
Wiesbaden, Scharfes Eck

Das Wirtschaftsmanifest.

Das wirtschaftliche Manifest hat, wie der „Temps“ mitteilt, auf Verlangen der französischen Regierung einige Änderungen erfahren. Das Manifest, das inzwischen in London veröffentlicht worden ist, beschäftigt sich zuerst mit dem Wechselkurs und fährt dann fort:

Die Versuche, die von den Regierungen unternommen wurden, den Wechselkurs zu verbessern, können die völlige Wiederherstellung der Lage nur verzögern. In der Zwischenzeit müssen Mittel gefunden werden, den Zusammenbruch der geschäftlichen Operationen zu verhindern. Der Oberste Rat glaubt, daß die notwendigen Schritte gefunden werden, sobald die europäischen Regierungen Maßnahmen getroffen haben um Vertrauen für ihre wirtschaftliche und finanzielle Politik zu gewinnen. Der Oberste Rat erkennt an, daß die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete Frankreichs für die europäische Wiederaufrichtung unbedingt erforderlich ist. Ferner hat er die besondere Lage Deutschlands ins Auge gefaßt wo augenblicklich jedes Unternehmen gehemmt ist und jeder Versuch, Handelskredit zu erlangen, fehl schlägt, und zwar aus dem Grunde, weil seine Verpflichtungen zur Wiedergutmachung, die Deutschland gehalten ist, nach dem Friedensvertrag von Versailles zu zahlen, sobald wie möglich festgelegt werde. Der Oberste Rat glaubt, daß Deutschland in die Lage versetzt werden muß, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten, und es muß, wenn dies nach der Ansicht der Wiedergutmachungskommission notwendig ist, berechtigt sein, eine Anleihe im Auslande aufzunehmen. Der Oberste Rat ist übereingekommen, gewisse Leistungen aufzustellen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu verringern. Es scheint ihm von großer Bedeutung zu sein, daß die Friedensverhältnisse so rasch wie möglich wieder hergestellt werden. Die Armeen müssen überall auf den Friedenszustand zurückgeführt werden. Jede Regierung mußte sofort die Winter prüfen, um dem von vblote Notwendigkeit klar zu machen, jede übertriebene Ausgabe zu vermeiden. Es müssen auch Maßnahmen getroffen werden für die Heraushebung des Kredites und für die Einschränkung des Banknotenumlaufs. Was die verwüsteten Gebiete, namentlich die im Norden von Frankreich, anbetrifft, erklärt das Memorandum, daß die Wiederaufrichtung von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas und für die Rückkehr zu den normalen wirtschaftlichen Beziehungen ist. Diese Wiederaufbauarbeit, die große Kapitalien er-

fordern, die man nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten kann, kann doch nicht aufgeschoben werden bis zur Zahlung der im Versailler Vertrag festgelegten Summe. Deshalb erachtet es der Rat für notwendig, daß die Kapitalien für die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete durch Anleihen funden werden müssen, als deren Garantien die derantmachungssummen gelten müssen, die von Deutschland in Ausführung des Friedensvertrages zu zahlen sind. Der Oberste Rat ist ferner entschlossen, gemeinsamen Interesse Deutschlands und seiner Partner die Durchführung der verlangten Zahlungen zu wählen, und er hat beschlossen, von seinen Delegierten bei der Wiedergutmachungskommission zu verlangen, daß sie Deutschland von der Verlängerung dieser Frist Kenntnis setzen und es fragen, ob es damit einverstanden ist, daß sobald wie möglich auf der Grundlage der Zahlungsmöglichkeit die Gesamtsumme fest wird, die Deutschland als Entschädigung zu zahlen

Merke! Nachrichten.

Roch weniger Auslandsfleisch.

Wie die „Berliner Redaktion“ erfährt, kann der schlechte Salata in den nächsten Monaten noch an die Bevölkerung ausländisches Schweinefleisch geliefert werden. Was davon beschaffen den kann, soll zunächst den Vergarbittern zukommen. Die Wichtigkeit starker Kohlenförderung muß die Vorräte mit der Vorrätebelieferung der Arbeiter einverstanden erklären. Die übrige Bevölkerung wird dann in den nächsten Monaten auf die Versorgung mit Speise verzichtet müssen. Die Kranken- und Lungenheilstätten sollen wie bisher versorgt werden, treten in der Versorgung der gesamten Bevölkerung amerikanisches Geflügelfleisch, Cornedbeef und Fleischerven keinerlei Veränderungen ein.

Bolschewistische Offensive.

Die Polenpresse meldet eine bolschewistische Offensive an der polnischen Front, die unter schweren Verlusten abgewiesen worden sei. Eine T.N.-Meldung sagt hierüber: Nach Warschauer Meldungen hat lange angekündigte bolschewistische Offensive gegen begonnen. Die Bolschewisten unternahmen mit Kolonnen gleichzeitig Angriffe nördlich und südlich Pripiet, wurden aber wie die Polen behaupten, von schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Die Kriegsverbrecher.

Saut „Nieuwe Courant“ meldet die „Daily Mail“ daß die Alliierten Oesterreich, Bulgarien, Ungarn gestatten, ihre Kriegsverbrecher selbst abzurufen. Nur die Türkei müsse ihre Täter der Entente ausliefern. Die an Deutschland gerichtete Aufforderung, Ender Pascha auszuliefern, bleibt, er sich auf deutschem Gebiet befinden sollte, ausstehen.

Befreiung Konstantinopels.

„Daily Telegraph“ meldet daß die englische Regierung im Hinblick auf die erste Lage beschlossen hat, mit britischen Land- und Seestreitkräften Konstantinopel zu befreien. Die französische und italienische Regierung sind aufgefordert worden, daran zu nehmen. Man glaubt, daß sie bereit seien, daran zu wirken. Es wird erklärt, daß genügend Streitkräfte für die Befreiung vorhanden sind.

Heimkehrer in Port Said.

Die Reichsgentrolstelle für Kriegs- und Zivilisten teilt mit: Die englische Regierung hat bisher keine Art und Weise gefunden, um die am 13. Januar in Port Said aus dem Dampfer Main wegen einer an Bord gebrochene Influenza-Epidemie ausgebrochenen 700 aus Indien heimkehrenden der Heimat zurückzuführen. Die deutsche Regierung hat daher zwei deutsche Schiffe mit weitgehenden Vollmachten nach Port Said geschickt, um dort bisher festgehaltenen auf sich zu nehmen. Die Heimkehrer auf den besiehenden Schiffsabreisen auf dem Landweg über Ägypten zu ermöglichen.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Griesen.

43. Fortsetzung.

Carlo und Salomea folgen verwundert, die Kinder voll hellen Jubels, Kinella, welche Klein-Marietta auf dem Arm trägt, mit vor Aufregung malträtiertem Gesicht. Durch die Via Babuino rollte der Wagen, über die Piazza di Spagna... immer weiter, immer weiter, die hell erleuchteten Straßen entlang.

Auf alle neugierigen Fragen hat Onkel Paolo nur ein breites Lächeln, und Kinella preßt fest die Lippen zusammen, damit kein Wort des Geheimnisses herauskippt.

Jetzt rollt der Wagen durch die Porta Pia, eine breite Allee entlang, vorbei an schmucken Villen und großen Gärten.

Plötzlich hält er vor einem reizenden Landhaus. Samliche Fenster sind erleuchtet. Das zierliche äußere Portal steht weit offen. Aus dem hell beleuchteten Haus tritt ein junges Mädchen mit weißem Satzhütchen und weißem Häubchen auf dem dunklen Kopfschopf hervor und macht vor Salomea einen tiefen Knicks.

Die Kinder sind schon aus dem Wagen gesprungen. Bedächtig folgen die Eltern.

Sie begreifen noch immer nicht. Da saßt der rotbärtige Hüne Salomea bei der Hand und geleitet sie die niedrige Freitreppe hinauf.

„Mein Haus, mein Kind! Ein kleines Weihnachts Geschenk von dem alten Onkel für die Tochter seiner geliebten Schwester!“

„Onkel!“

Jetzt drückt Salomea die Hand des alten Subsklammers.

Dann treten alle ein in das blumengeschmückte Wohnzimmer, in welchem an zierlich gedeckter Tafel bereits ein kleines Festmahl die Herrin des Hauses und ihre Familie erwartet.

„Ich hab' alles gewußt! Ich hab' alles gewußt!“ jubelt Kinella hinein in die Freudenrufe der Kinder. „Das Mädchen da ist meine kleine Schwester Anita. Die wird

schon sein und ich Studienmädchen. Ich wußte alles, alles — und hab' nichts gesagt!“

Dabei lacht sie fröhlich auf.

Und die Kinder stimmen jubelnd ein in dies frohe Lachen. Und auch die Eltern lächeln glücklich.

Der alte Subsklammer aber steht daneben und wippt sich eine Träne aus dem Auge. Er denkt an seine tote Schwester.

Auch im Palazzo Bonmartino findet eine ganz eigene Weihnachtsfeier statt.

Der alte Marchese hat durch seine Tochter dem Bedientenpersonal eine größere Summe ausshändigen lassen, die sie nach Belieben verwenden können.

Er selbst ruht wie gewöhnlich in seinem Lehnstuhl. Nur daß er diesen Stuhl hat vom Fenster fort an den Kamin rücken lassen, in welchem ein helles Feuer lustig flackert.

Auf dem runden Tisch steht eine mit blauem Seidengaze verhüllte Lampe. Der Marchese liebt das elektrische Licht nicht; es schmerzt seine müden Augen.

Jolanda sitzt am Tisch und liest in einem Buch von De Amicis. Oder sie tut wenigstens so, als ob sie lese. In Wirklichkeit jedoch beobachtet sie ängstlich den Vater, der ihr heute erregter, nervöser als je erscheint.

Auch ihr hatte der Marchese eine bedeutende Summe als Weihnachtsgeschenk übergeben, damit sie sich laufe, wonach ihr Herz begehrt.

Doch Jolanda wies das Geld sanft zurück. „Dah ich dich noch habe, mein teurer Vater“ — hatte sie innig gesagt — „ist mir Weihnachtsfreude genug. Ich habe weiter keinen Wunsch.“

Ein schmerzliches Zucken war über die eingefallenen Züge des alten Mannes gegangen. Aber er hatte geschwiegen.

Und nun ruht er zurückgelehnt mit geschlossenen Augen in seinem Stuhl und drückt, wie jetzt so oft...

Oder grübelt er Grübelt er...

Jolanda ist sich nicht ganz klar darüber; aber dieser eigentümliche Zustand beunruhigt sie tief.

„Jolanda!“ ruft es plötzlich matt vom Kamin her.

Sie liegt hin zum Vater.

„Komm Kind, setz dich her zu mir!... Doch es sind den Lampenschirm fort, damit ich dich genau sehen kann.“

„So ist es recht!... Jetzt komm her — rechts neben zu den Füßen des Vaters.“

„So, mein Kind!... Und nun setz dich zu mir in die Ecke, ohne mit den Wimpern zu zucken! Ich will dich ansehen.“

Sankt schlingt Jolanda beide Arme um den Kamin und blickt voll zu ihm auf.

„Ich höre, lieber Vater.“

Ein paar mal öffnet der alte Mann die Lippen, schließt sie wieder.

Dann sagt er hastig in verhaltener Erregung: „Du hast deinen alten Vater sehr lieb, Jolanda, wahr?“

Jolanda erbebt. Alles Blut strömt ihr zum Herzen. Sie zögert.

„Nun!“ drängt der Marchese. „Du hältst mich für einen guten Menschen. Nicht wahr?“

„Ja, Vater.“ erwidert Jolanda leise.

Kleine Pause.

Große Schweigepausen perlen auf der Stirn des Mannes. Seine Lippen zittern.

„Jolanda — wenn ich — um ein anderer wäre — als du glaubst —“ murmelt er flötend — „würdest mich auch noch lieb haben?“

Heuer schlingt Jolanda die Arme um die gebrechliche Greisenhand.

„Du bist mein Vater. Ich würde dich lieben, auch wenn du — ob gut, ob schlecht.“

„Jolanda! Auch... auch, wenn ich... ein Verbrecher wäre?“

„Auch, wenn du ein Verbrecher wärst!“

Der Marchese schweigt. Aber ein tiefer befehlender Blick hebt seine Brust, und seine umstürzten Augen blitzen rührender Dankbarkeit in die groß und voll zu ihm aufschlagenden Augen seines Kindes.

...der ... in ...
...überwiesen worden.

Ein übler Zwischenfall.

Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in Berlin im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim von Preußen, dem Sohne des Prinzen Albrecht und anderen deutschen Gästen mit drei Mitgliedern der französischen Militärmission: Kapitän Klein, Hauptmann Bougevin und Vosschatskyer-Dunard. Als gegen 11 Uhr die Kapelle im kleinen Saal neben dem Lichthof „Deutschland Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem neben ihm stehenden früheren russischen Staatsrat bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprang erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Aussteilen, sonst raus!“ Da der Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenvase nach dem Mitteltisch wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als jetzt der Prinz in maßloser Erregung mit einem schweren Perlenhalsband auf den Gegner, der sich kräftig verteidigte, einzuschlagen versuchte, umringten ihn die Kellner und brachten ihn hinaus. Den französischen Herren, die nicht trugen, waren teilweise die Kleider zerrissen. Auch hatten sie Deulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit dem Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird jedenfalls auch ein gerichtliches Nachspiel haben. Prinz Joachim Albrecht ist 44 Jahre alt und gehörte seinerzeit der Schutztruppe an.

Eine weitere Meldung aus Berlin besagt: Der Reichswehramtler verfügte, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und der Rittmeister von Mathen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt ist, vorläufig in Schutzhaft genommen werden.

Eine Erklärung des Prinzen.

Prinz Joachim Albrecht bekräftigt dem Wolffbüro gegenüber, daß er in der gemeldeten Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tische und dem Tisch der französischen Gäste sich eine größere Anzahl Personen aufgestellt hätte. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

„Laut Wolffbüro“ soll gegen den Prinzen Joachim Albrecht wegen des Vorfalls ein Verfahren wegen Körperverletzung und Beleidigung anhängig gemacht worden sein. Von den Gästen des Hotels Adlon wurde fast einstimmig erklärt, daß der Prinz, der vermutlich angetrunken war und von dem man übrigens behauptet, daß er an Tropenleiden leidet, den unerfreulichen Vorfall provoziert habe.



System „Möller“
Scheunen-Bauten jeder Art
Landw. Bauten
Feldschuppen, Hefschuppen, Gersteschuppen
Arbeitsräume, Stallungen
Broschüre und Preisangebote kostenlos
AMBI, Abt. I/ Berlin-Johannisthal.
Leipzig, Baummesse, Raum 14/14a.

Holland bleibt fest.

Die Antwortnote der niederländischen Regierung auf die letzte Note der Alliierten bezüglich der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers lautet: Die Regierung Ihrer Majestät hat, den Beweggründen der Mächte Rechnung tragend, den von den Mächten bei der Erneuerung Ihres Ersuchens angeführten Erwägungen von neuem ihre sehr ernste Aufmerksamkeit zugewandt und hat erneut genau untersucht, was ihr im vorliegenden Falle ihre Pflicht vorschreibt. Sie wird jedoch zu keinem anderen Schluß als zu dem kommen können, den sie bereits in ihrer Note vom 21. 1. niedergelegt hat, und der ihr nicht gestattet, dem Verlangen der Mächte Folge zu leisten.

Die Regierung Ihrer Majestät hat keineswegs die Verantwortlichkeit widerstreitenden Handlungen vergessen, die der Art, worüber sie gegen die sie Einspruch erhob, so oft niederländische Untertanen zu unschuldigen Opfern davor wurden. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Exterritorialität in diesem Falle keinen Einfluß auf ihre Haltung in dem vorliegenden Falle ausüben darf. Sie erinnert daran, daß die Niederlande an dem Verträge von Versailles nicht Teil haben und sich mit Bezug auf die Ergebnisse des Krieges in einer anderen Lage befinden als die Mächte. Da es zu den höchsten Pflichten der Regierung gehört, die auf den allgemeinen Rechtsgrundsätzen beruhenden verfassungsmäßigen Gesetze des Reiches zu achten, darf sie nicht unterlassen, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, daß sie unter diesen Umständen eine Tat begehen würde, die dem Rechte und der Gewissenhaftigkeit widerspreche und mit der nationalen Ehre unvereinbar wäre, wenn sie unter dem Drängen der Mächte es zulassen würde, diese Gesetze zu verletzen, und dem auf holländischen Gebiet befindlichen Flüchtling die Rechte nehmen würde, die diese Gesetze ihm zuerkennen.

Die Regierung Ihrer Majestät hat sich gefragt, ob wirklich wie es in der Note vom 14. Februar heißt, die Auffassung von ihren Pflichten die Niederlande aus der Gemeinschaft der Nationen ausschließen würde. Die Geschichte der Niederlande, an die die Mächte in diesem Zusammenhang erinnern unter dem Hinweis darauf, daß die Niederlande unter Unrecht gelitten haben und ihre Freiheitskämpfe widerlegen, vollstän dig genügt die Berechtigung einer solchen Behauptung. Wenn infolgedessen die Regierung Ihrer Majestät die einmal gegebene Antwort aufrecht erhalten muß, so ist sie sich dennoch voll und ganz bewußt, die ihr die Anwesenheit des ehem.

maligen Kaisers auf dem Gebiet des Reiches aufrechtzuerhalten, sowohl im Interesse des Landes selbst, als in dem der internationalen Sicherheit. Sie betont, daß die Mächte unter dem Eindruck zu stehen scheinen, die Regierung Ihrer Majestät habe sich um diese Seite der Frage nicht gekümmert und ihr keine ernsthafte Aufmerksamkeit zugewandt, weil die Antwort der Niederlande auf das Ersuchen, den Kaiser auszuliefern, keinen Hinweis darauf enthielt. Dies letztere ist keineswegs der Fall. Eingedenk ihrer Pflichten in dieser Hinsicht ist die Regierung Ihrer Majestät von Anfang an bestrebt gewesen, dem nachzukommen, was ihre Pflicht vorschreibt und wird es auch weiterhin tun. Sie weiß, daß sie in der Lage ist, ihre Souveränität auszuüben, um an Ort und Stelle genügende Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Freiheit des ehemaligen Kaisers den erforderlichen Beschränkungen zu unterwerfen. Die Regierung Ihrer Majestät legt Wert darauf, diese Erklärung auf die formellste Weise abzugeben und dabei die Auffassung von ihren Pflichten in den Rahmen des Rechts zu stellen. Sie vertraut darauf, daß diese Erklärung die den Beweis liefern, daß die Niederlande die Gefahr in Rechnung ziehen, die die Mächte fürchten, nicht versehen werden, ihre Vorlesungen zu bekräftigen.

Kofales und Provinzielles.

Schierstein, den 9. März 1920.

Mutterberatung. Wie an anderen Orten seit längerer Zeit schon, so wird nunmehr auch am hiesigen Ort, und zwar von Donnerstag, den 11. März ab, eine Mutterberatungsfunde abgehalten werden. Die Sprechstunden werden vom Kreisärzte Herrn Dr. Prigge und der Kreisfürsorgerin Fräulein Ringelmann abgehalten und den Müttern unentgeltlich Rat erteilt. Durch diese Auskunft und Raterteilung ist es oft möglich, einer Erkrankung des Kindes vorzubeugen. Zu dieser Beratungsstunde können alle Kinder unter 2 Jahren gebracht werden, wobei jedoch zu bemerken ist, daß kranke Kinder nicht behandelt, sondern einem Arzte zur Behandlung überwiesen werden. Und mit leeren Händen sollen die Mütter auch nicht nach Hause gehen. Soweit es im Rahmen der allgemeinen Ernährungslage möglich ist, werden ihnen für die Kinderernährung nötige Nahrungsmittel, wie Gries, Zucker, Leberthran u. dergl. in kleineren Mengen zum Selbstkostenpreis abgegeben. — Ueber alles Nähere unterrichtet die in der Samstagsnummer enthaltene amtliche Bekanntmachung.

Die Preise für Acker zeigen ja bekanntlich das Bestreben, noch immer weiter zu steigen, demzufolge steigen auch die Pachtpreise. Was aber bei der gestrigen Ackerverpachtung geleistet wurde, das überstieg doch alles bisher Dagewesene, und so geschah es, daß für zum Teil noch dabei minderwertige Acker der Pachtpreis bis auf 400 Mk. pro Morgen stieg. Diesmal waren es aber nicht die „Bauern“, die solche abnorme Preise boten, sondern in der Hauptsache minderbemittelte Leute und darunter sogar Fabrikarbeiterfrauen, die die höchsten Preise boten.

Eine Versammlung mit dem Thema „Das Betriebsrätegesetz“ wird morgen Mittwochabend im Saal des „Deutschen Kaiser“ vom Gewerkschaftskartell Schierstein veranstaltet. Da bei der letzten von der U.S.V. veranstalteten, dasselbe Thema behandelnden Versammlung nur wenige Besucher erschienen waren, so ist bei der morgenden Versammlung jedenfalls mit einem Massenbesuch der Interessenten zu rechnen.

Eine Allg. Kaninchen-Ausstellung veranstaltet der Kaninchen- und Geflügelzuchtverein Destr. i. Rhg. am 3. Oktober unter dem Namen „Rheingauer Schau“. Da der Destr. Verein hier und in der Umgebung viele Freunde hat, so ist es wohl angebracht, schon jetzt auf diese Ausstellung hinzuweisen.

Die Teuerung im besetzten Gebiet. Die in Deutschland herrschende Teuerung ist in den einzelnen Reichsteilen sehr verschieden. Am schlimmsten ist sie in den besetzten Gebieten. Dort sind in den kleineren Mittelstädten die Lebensverhältnisse teurer als in Berlin und in anderen unbesetzten Großstädten. Am schlimmsten ist es wohl in der amerikanischen Zone, weil der in Dollarmährung ausgedröhte amerikanische Soldat eine für unsere Begriffe ganz ungeheure Löhnung erhält (der einfache Soldat erhält jetzt monatlich etwa 3000 Mark) und deshalb auch für Lebensmittel, Kleidungsstücke und sonstige Ware jeden Preis zahlt. Im unbesetzten Gebiet weiß man von diesen Zuständen wenig, glaubt man im Gegenteil, für die Menschen in dem besetzten Gebiet hänge der Himmel voller Geigen.

Die Jagd nach dem Pfennig. Es wird immer netter! Jetzt haben sich die Hamsterer auch auf den so verachteten Pfennig geworfen, um ihn, mit bedeutendem Aufschlag natürlich, zu gewerblichen Weiterverarbeitungszwecken weiter zu veräußern. Ueberall werden die Pfennige zurückgehalten, ja, es soll Kaufleute geben, die ihren Kunden eine Art Gutscheine anstatt des Kupfers geben, um so die Pfennige für sich selbst einzusparen, um sie dann mit 5 bis 10fachem Gewinn weiter zu verlaufen. Denn 10 Pfennig in Papier werden bereits für den Kupferpfennig bezahlt. Und es wird nicht lange dauern, dann werden 15 und 20 Pfennig bezahlt werden! Dazu kommen die Marktpreise für Gold und Silber, kurz, es wird immer besser! Wenn dann die Schieber alles verschoben haben werden, was wir im Inland noch an beweglichen Werten besitzen, dann wird es sich zeigen, daß das Ausland mittlerweile mit dem so billigen deutschen Geld nicht geringe Einkäufe in deutschem Grund und Boden gemacht hat.

Dann kann das ehemals große, freie und starke Deutschland für die nächsten hundert Jahre den Lohnsklaven des Auslandes machen und nicht einmal seine Muttererde wird ihm mehr gehören! Es ist unzweifelhaft, daß solche Zustände, wie sie jetzt einreißten, durch geeignete Maßnahmen der Regierung unter allen Umständen vermieden werden müssen! Wahrscheinlich aber werden solche Bestimmungen erst dann kommen, wenn es wieder einmal zu spät ist! Aber ein Ende muß kommen, wenn nämlich nichts mehr da ist, aber fröhlich wirds nicht gerade werden! — Wie unser Land von Schiebern und Ausländern ausgefaugt wird, zeigt eine Meldung aus Berlin, nach welcher in einem D-Zug nach Polen reisenden Schiebern 228 Pfund Gold und Silber abgenommen wurden.

Der Fleischmangel wird bei uns immer fühlbarer und in England dagegen herrscht der größte Ueberfluß. So wird neuerdings aus London gemeldet, daß dort der Hafen derart mit den Gefrierfleisch-Schiffen überfüllt ist, daß man nicht mehr weiß, wohin mit dem Fleisch. Die Londoner Gefrierhäuser fassen etwa anderthalb Millionen Stück geschlachtetes Vieh. Diese Häuser sind schon überfüllt, und noch liegen 11 Schiffe im Hafen, die über eine Million geschlachtetes Vieh an Bord haben. Weitere 9 Schiffe mit Fleisch werden noch erwartet. — Hier Elend, und dort Ueberfluß!

Postalisches. Die Inhaber von Postcheckkonten können bis auf weiteres im Verkehr mit dem Saargebiet den Auslandsnachnahmepapierarten Zahlarten beifügen.

Kleine Meldungen.

Berlin. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ in Stuttgart berichtet, soll Generalfeldmarschall v. Hindenburg in Hannover eine Abordnung führender Männer des öffentlichen Lebens empfangen und sich auf ihre Anfrage bereit erklärt haben, bei den kommenden Wahlen für das Reichspräsidentium zu kandidieren. Eine Parteikandidatur komme allerdings für ihn nicht in Betracht.

Die Grippe.

(Von einem ärztlichen Mitarbeiter.) Die Grippe macht sich neuerdings wieder unangenehm bemerkbar. Es ist jedoch verfehlt, jedem Schnupfen als Grippe anzusehen. Erkältungskrankheiten im Frühjahr sind zu allen Zeiten beobachtet worden, mit der eigentlichen pandemischen Grippe haben diese nichts zu tun und sie sind auch bakteriologisch auf andere Krankheitskeime zurückzuführen. Die eigentliche Grippe, deren Erreger mit Sicherheit noch nicht erkannt ist, die aber offenbar Beziehungen zu dem Pfeiferischen Influenza-Bazillus hat und sehr leicht Mischinfektionen mit gewöhnlichen Eiterkeimen oder mit den als Pneumo-Koffen bezeichneten Keimen den Weg ebnet, ist erst in den letzten Wochen wieder häufiger in unserer Stadt in Erscheinung getreten. Auch Todesfälle sind in nicht ganz geringer Zahl zu verzeichnen. Immerhin muß bemerkt werden, daß die einmal überstandene echte Grippe offenbar einen gewissen Schutz gegen die Wiedererkrankung verleiht. Schon aus diesem Grund ist die Gefahr einer Massenverbreitung wie im Jahre 1918—19 kaum zu befürchten.

Auch jetzt beobachten wir wieder, daß vornehmlich Menschen im fröhlichen Alter, zwischen 15 und 45 Jahren, der Seuche erliegen. Die Ursache dieses eigentümlichen und mit unseren sonstigen Erfahrungen nicht ohne Weiteres in Einklang zu bringenden Verhaltens ist nicht restlos aufgeklärt. Wahrscheinlich spielen aber doch gewisse, zeitlich die Widerstandskraft der Betroffenen herabsetzenden Momente eine entscheidende Rolle. Jedenfalls sollten Erzieher jeder Art in Zeiten der Grippe-Epidemie vermieden werden, um der Gelegenheit der zeitlichen Herabsetzung der körperlichen Widerstandskraft entgegenzuwirken. Auch schwangere Frauen sind wieder in erheblichem Maße an den schweren Fällen beteiligt. Die gesamte Energie der Frau ist in diesen Zeiten auf den Aufbau des Kindes gerichtet, so daß sie für die Abwehr der Erkrankung keine überschüssigen Kräfte aufbringen kann. Der Verlauf der Grippe ist in vielen Punkten verschieden von den letzten Epidemien. Auch jetzt kommen die Bängenerkrankungen wieder vor, jedoch neigen sie im allgemeinen nicht den tödlichen Charakter an wie im Jahre 1918—19. Der Tod tritt oft erst in der zweiten oder dritten Krankheitswoche ein durch allmähliche Ausbreitung der Erkrankung auf die feinsten Bronchien. Die Epidemie ähnelt in dieser Beziehung jetzt mehr der bekannten Grippeepidemie von 1891—93.

Die mit Schlafsucht einhergehenden Fälle sind verhältnismäßig selten. Ihr Verlauf ist kaum besonders bösartiger, wenn die Lunge frei bleibt. Sonst treten vorwiegend als Komplikationen sehr Nierenentzündungen und Nierenschmerzen auf. Entscheidend für das Leben scheint jedoch in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Form der Beteiligung der Lunge.

Gegen die Grippe empfohlene Mittel zählen nach vielen Dutzenden. Verbürgt ist kein spezifisches Mittel. Es scheint, daß die allgemeine Haltung des Kranken, die Pflege, die Sorge für frühzeitige Auffindung des Bettes, die Fernhaltung von allen Abkühlungen noch am ehesten vor Verschlimmerungen schützt. Wärme und leichte Schwitzprozeduren in Verbindung mit der sorgfältigen Aufrechterhaltung der Herz- und Nierenfunktion der in der Lunge sich stauenden Schleimmassen sind wichtig und in einem Fall zu vernachlässigende ärztliche Gebote. Ein eigenes Grippe-Serum gibt es nicht, obwohl verschiedene unter diesem Namen gehende Erzeugnisse auf den Markt gebracht sind. Ein gewisser günstiger Einfluß auf den Temperaturverlauf bei Anwendung von Grippe-Seren scheint erwiesen. Daneben spielen spezifische Stoffe wie Oxyphenyl und Eucalyptin, die besonders gegen die Erreger der Lungenentzündung in Anwendung kommen, eine gute Rolle. Anwendung von Alkohol in Form von Cognac, Sekt und gutem Rotwein ist unter allen Umständen empfehlenswert, namentlich bei den ersten Krankheitserscheinungen.

Die Grippe mit ihren Komplikationen ist nach wie vor eine ernst zu nehmende Erkrankung, bei der sorgfältige ärztliche Behandlung in den meisten Fällen drohendes Unheil abzuwenden vermag.

Danksagung.

Für die in so reichem Masse erwiesene Teilnahme und insbesondere für die Blumenspenden beim Heimgehe unserer lieben Verstorbenen sagen herzlichen Dank.

W. Fritz und Kinder.

Schierstein, 8. März 1920.

Achtung! Achtung!

Am Mittwoch, den 10. März, abends 7 Uhr findet im „Deutschen Kaiser“ eine sehr wichtige

Gewerkschafts-Versammlung

statt mit dem Thema:

Betriebsrätegesetz.

Wir laden hierzu alle organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter freundlichst ein und bitten um recht zahlreiches pünktliches Erscheinen.

Gewerkschaftskartell Schierstein

Theater-Spielplan.

Nassauisches Landestheater in Wiesbaden.

Vom 11. bis 15. März 1920.

Donnerstag, Ab. C.: „Kobale und Liebe“. Anf. 6 Uhr.
Freitag, Sondervorstellung für die hiesigen Volks- und Mittelschulen: „Wilhelm Tell“. Anf. 6 Uhr.
Samstag, Ab. D.: Neu einstudiert: „Zar u. Zimmermann“. Anf. 6 1/2 Uhr.
Sonntag, Bei aufgeh. Abonnement: „Oberon“. Anf. 6 Uhr.
Montag, VI. „Symphoniekonzert“. Anf. 6 1/2 Uhr.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 11. bis 14. März 1920.

Donnerstag, „Die Frau im Hermelin“. Anf. 7 Uhr.
Freitag, „Die Puppe“. Anf. 7 Uhr.
Samstag, „Wiener Blut“. Anf. 7 Uhr.
Sonntag nachm., „Eine Ballnacht“. Anf. 3 Uhr. Halbe Preise.
Sonntag, abends „Wiener Blut“. Anf. 7 Uhr.

Ämtliche Bekanntmachungen.

betr. Erhebung einer 5. Gemeindesteuerrate.

Die Gemeindeverwaltung hat zur Deckung der nicht vorgesehenen Mehrausgaben die Erhebung einer 5. Steuerrate (umfassend die Gemeindeeinkommen-, Grund-, Gewerbe- und Betriebssteuer) beschlossen.

Dieser Beschluß hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten.

Die Steuerpflichtigen der Gemeinde Schierstein werden hiermit aufgefordert, die auf dem Steuerzettel für 1919 unter „Gemeindeabgaben“ ersichtlichen Vierteljahresbeträge bis spätestens 15. März 1920 nochmals als 5. Rate bei der Gemeindekasse zur Einzahlung zu bringen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine besondere Benachrichtigung nicht erfolgt, daß vielmehr die Anforderung durch die Schiersteiner Zeitung (Amtsblatt) die einzelnen Zahlungsaufforderungen ersetzt.

Betr. Ausgabe von Weizengries.

Die Ausgabe von Weizengries für Kinder u. Kranke findet Donnerstag, den 11. ds. Mts., von 9–10 Uhr auf Zimmer 4 im Rathaus gegen Vorzeigung der Ausweise statt. Ein Pfund kostet 1 Mk. Die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten.

Betr. Ausgabe von Weizenmehl.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen 150 Gramm Weizenmehl, das Pfund zu 1,05 Mk., zur Ausgabe.

Als zugelaufen ist gemeldet:

Ein Hund.

Näheres auf Zimmer 1 im Rathaus.

Schierstein, den 8. März 1920.

Der com.-Bürgermeister Kessels.

2 Bootsbaulehrlinge

gegen zeitgemäße Vergütung zu Ötern gesucht

Bootswerft Doeger & Petersen, Hafendamm.

Saubere
Medizinflaschen

kauft

Jacob Weiß, Zellstr. 8.

Birka

35000 Mk.

1. Hypothek auf zwei hiesige prima Objekte gesucht.
Näb. in der Geschäftsstelle.

Berfer

Wiesbaden,

Friedrichstraße 55,

Telefon 1627.

und Teppiche jegl. Art
Kessins, Silber, Bronze
und Kunstgegenstände.
Möbel, Altertümer, Gold
und Silber-Münzen kauft
zu höchsten Preisen.
E. Klapper,

Drucksachen

für den Geschäftsverkehr.

Rechnungs-Formulare
Geschäftskarten
Briefbogen mit Firma
Preislisten
Briefumschläge
Mitteilungen
Geschäfts-Postkarten
Arbeitszettel usw.

liefert in sauberer Ausführung die

**Buchdruckerei der
Schiersteiner Zeitung.**

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 1/2 Uhr
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet

Gold

In jeder Form und Menge

auch

Zähne **kauft**

Juwelen
Uhren

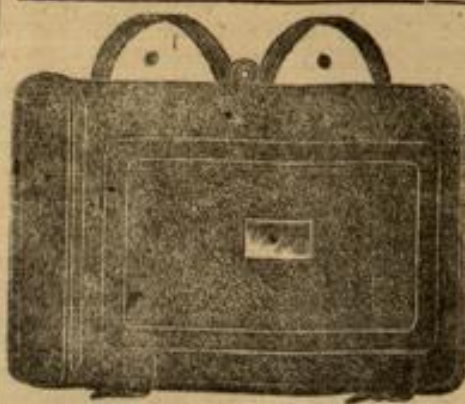
Platin

für hohen
Preis!

Bok

Wiesbaden -
Kirchgasse 70

Silber



**Schul-
ranzen**

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Offertiert als

Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnensstr. 10.

Nur drei Tage! Achtung! Nur drei Tage!

Es ist die höchste Zeit!

Liefere Sie ihre entbehrlichen Dinge
Altmaterial wie:

Blei,
Zink,
Zinn,
Kupfer,
Messing,
Rotguss,
Staniol,
Lumpen,
Aluminium
getrickte Wolle

Da die Preise von Tage zu Tage
fallen.

Ich zahle die höchsten Tagespreise

Große Grube, längere Zeit
gelagerte

Kohlendämpfe

kann unentgeltlich abgefahren
werden.

Biebricherstraße 31.

Karbid,

Karbid-Lampen,

Kaffeeröster, Gaslampen,
Brenner, Bpl., Glühkörper,
Gasocher und Schläuche,
Brat- und Kochhauben, Bader-
wannen, Bspähne zu ver-
kaufen.

Krause, Wiesbaden,
Wellstr. 10.

Kaufe

zu hohen Preisen

Brillanten

Uhren

Gold

Silber

in jeder Form und
Menge.

Singer,

Wiesbaden,

4 Langgasse 4

2 Stück schöne

U-Träger

2,50 m lang, zu verkaufen.

Biebricherstr. 11.

Achtung!

Maulwürfe-

Hafen-

Ziegen-

Reh-

u. sonst. f. zu höchsten

Milberg, Mainz, Quai-

straße 12.

Zahle mehr wie

andere f. Strich-

Schafswolle, Neut-

Metall, Zinngefä-

u. v.

Milberg, Mainz, Quai-

str. 12. Komme auch

Eine

3-Zimmerwohn-

für gleich oder später

mieten oder zu tauschen

Näheres in der Geschäfts-

Eine Grube

abzugeben. Wörthstraße

Herrnstiefel (Bo-

Kindertiefel (Nä-

in allen Größen preisw.

Schüler, Wiesbaden

Bleichstraße 1, par-

Eingang Hof, Straßen-

Depot.

Alleinmädchen

selbständig im Kochen

kleinen Privat-Haushalt

gesucht. Lohn 80 Mk.

Biebrich a. M.

Abteingasse 17.

Vorzustellen nur vorm.

oder schriftlich.